

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

170 (24.7.1917)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postfach monatl. 2,70 M., 1/2 jährl. 2,70 M., zugestellt durch unsere Träger 1 M., bezw. 8 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 3,12 M.; durch d. Feldpost 1,05 M. bezw. 3,05 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Wertag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt-Kolonnen od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für groß. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Parlamentarisches und bürokratisches Regierungssystem.

Von Heinrich Cunow.

Die jetzigen Verfassungskämpfe im Reichstage haben in der Presse allerlei Betrachtungen über den Wert und Unwert des parlamentarischen Systems ausgelöst. Während von der einen Seite das parlamentarische System, das heißt die Zusammenfassung der Ministerien aus den Führern der das Parlament beherrschenden Parteien, also das Parteiregiment der jeweiligen Parlamentsmehrheit, als ein „System der Volksgeltung“ gepriesen wird, durch welches das Volk jederzeit in der Lage sei, die Regierung zu jener politischen Haltung zu zwingen, die die Mehrheit wünscht, wird von anderer Seite darauf hingewiesen, daß keineswegs, wie die Staatengedächtnisse beweisen, in den parlamentarisch regierten Staaten und zwar selbst dort nicht, wo das Parlament aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgeht, die Parlamentsmehrheit schon ohne weiteres die Herrschaft des Volkswillens oder auch nur des Mehrheitswillens bedeute. Weder das Regierungssystem noch die Staatsform und die Verfassungsart vermöchten zu garantieren, daß der Volkswille im Staatsleben durchdringe; denn nicht die äußere Form der Regierung entscheide, sondern das innere Kräfte- und Machtverhältnis, wie es im sozialen Entwicklungsgang eines Volkes historische Gestalt erlangt habe.

Die Tatsachen beweisen, daß unter der republikanischen, ja selbst in ausgeprägten demokratischen Staatsformen mit allerlei Rechtsgarantien, wie z. B. in Frankreich, in den Vereinigten Staaten oder den südamerikanischen Republiken eine Oligarchie skrupelloser Finanz-, Trust- oder berufsständischer Parlamentscliquen das Staatsleben in die Hand zu bekommen und in ihrem Interesse zu dirigieren vermöchte, während andererseits wieder, wie Englands Parlamentsgeschichte zeige, das parlamentarische Regiment leicht zu einer Autokratie des als Kabinettsvorsitzenden fungierenden Leiters der herrschenden Partei ausarten könne. Gätte beispielsweise nicht Wilson mit Unterstützung der imperialistischen amerikanischen Volkspartei und ihrer Presse die nordamerikanische Union in einen Krieg hineinzuziehen vermocht, den die große Volksmasse gar nicht wollte und bei dem ein eigenes Lebensinteresse der Union gar nicht in Frage komme.

Derartige Ausrührungen findet man nicht nur in reaktionären Blättern, sondern auch in sozialistischen Kreisen, denen die durch die Kriegsergebnisse geschärfter Blick gezeigt hat, daß es viel weniger auf die äußere Staats- und Verfassungsform als auf den politisch-ökonomischen Lebensinhalt des einen Staat bildenden Volkes ankommt.

Neu sind derartige Ausführungen gerade nicht, schon Montesquieu meint in seinem „Geist der Gesetze“, daß die äußere Staats- und Regierungsform wenig über den eigentlichen Charakter belege; und was die „sozialistische Literatur“ anbelangt, so brauchen wir uns nur an Rossas bekanntem Vortrag über Verfassungswesen und an die äußerst scharfe Kritik des amerikanischen, französischen, besonders aber englischen Verfassungslebens zu erinnern, die Karl Marx in seinen Artikeln für die „New York Tribune“ wiederlegt hat. Immer wieder hebt er die sich aus der britischen Konstitution als natürliche Folge ergebende parlamentarische Minderheitsverfassung, Kompromißsucht und Amtsjägererei hervor. Und über das von Wilson so gelobte amerikanische Regime zitiert Friedrich Engels (Bürgerkrieg in Frankreich, 3. Aufl., S. 12) folgendes Urteil:

„Nirgends bilden die „Politiker“ eine abgesonderte und mächtigere Abteilung der Nation, als gerade in Nordamerika. Hier wird jede der beiden großen Parteien, denen die Herrschaft abwechselnd zufällt, selbst wieder regiert von Leuten, die aus der Politik ein Geschäft machen, die auf Sitze in den gesetzgebenden Versammlungen des Bundes wie der Einzelstaaten spekulieren oder die von der Agitation für ihre Partei leben und nach deren Sieg durch Stellen belohnt werden. Es ist bekannt, wie die Amerikaner seit dreißig Jahren versuchen, dies unerträglich gewordene Joch abzuschütteln und wie sie trotz alledem immer tiefer in den Sumpf der Korruption hineinsinken. Gerade in Amerika können wir am besten sehen, wie diese Verfallsstadien der Staatsmacht gegenüber der Gesellschaft, zu deren Höfen Werkzeug sie ursprünglich bestimmt war, vor sich geht. Hier existiert keine Dynastie, kein Adel, kein stehendes Heer, außer ein paar Mann zur Bewachung der Indianer, keine Bürokratie mit fester Anstellung oder Pensionsberechtigung, und dennoch haben wir hier zwei große Banden von politischen Spekulanten, die abwechselnd die Staatsmacht in Besitz nehmen und mit den korruptesten Mitteln und zu den korruptesten Zwecken ausbeuten.“

Wenn, durch die Erfahrungen des Weltkrieges belehrt, ein Teil der sozialdemokratischen Politiker zu dieser Erkenntnis unierer Altheimer zurückkehrt, kann man das nur begrüßen. Der seit etwa drei Jahrzehnten aufgewühlte Vulgärsozialismus hat wie so manche andere Marxsche Auffassung auch diese verflacht und in völliger Zweckminderwerfung

der Begriffe Gesellschaft und Staat, Gesellschaftsordnung und Staatsordnung, soziales Gesetz und staatliches Gesetz, der Staatsform eine Bedeutung angedichtet, die sie nicht hat. Voraus sich dann für ihn die Folgerung ergab, durch eine entsprechende Aenderung der Staatsrechtsordnung ließen sich nach Belieben die sozialen Zustände völlig ändern.

Nach der Marxschen Auffassung ist umgekehrt die Staatsordnung bedingt durch die Gesellschaftsordnung. In jeder Gesellschaft setzt sich als Folge des wirtschaftlichen Lebensprozesses eine gewisse Regelung der Wechselbeziehungen, eine soziale Gliederung durch, ohne die der Wirtschaftsprozess sich gar nicht in stetiger Wiederholung zu vollziehen vermag. Diese Regelung bildet die Gesellschaftsordnung. Die Staatsordnung hingegen besteht in den von der Staatsgewalt zur Nachachtung für die Staatsbürger erlassenen, ihr gegenseitiges Verhalten zueinander regelnden staatlichen Gesetzen und Verordnungen. Deshalb nennt auch Marx den Staat „eine Einrichtung der Gesellschaft“ und bezeichnet ihn als deren „tätigen, selbstbewußten und offiziellen Ausdruck“. Das Recht eines Staates kann daher, wie er sagt, auch „nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kultur- und geistige Entwicklung der Gesellschaft“. Wohl kann ein Verfassungsrecht formell allerlei schöne Freiheiten verbekken, wenn aber die soziale Gliederung ihre Anwendung nicht gestattet, bleiben solche Bestimmungen auf dem Papiere stehen.

Aber so wertvoll es für die Beurteilung der jetzigen Verfassungsfragen ist, die Abhängigkeit der Staatsordnung von der Gesellschaftsform zu begreifen, so verkehrt ist es, die

Frage, ob ein autokratisch-bürokratisches oder parlamentarisches Regierungssystem gelten soll, daraufhin kurzweg für gleichgültig zu erklären. Verhilft das parlamentarische System nicht dem Volkswillen bzw. Mehrheitswillen zur sicheren Geltung, so das autokratische oder bürgerliche System noch weniger. Schlicht dort, wo sich auf Grund der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse mächtige Finanz-, Handels- oder Großgrundbesitzercliquen herausgebildet haben, das parlamentarische System die Beeinflussung der Staatsverwaltung durch diese Cliquen keineswegs aus, so vermag ebensowenig das monarchisch-autokratische Regiment sich, wie am besten die Cliquenwirtschaft unter dem früheren Zarentum beweist, sich solchem Einfluß zu entziehen. Und wenn unter dem parlamentarischen System die Minister sich nicht auf ihrem Platz zu halten vermögen, falls sie nicht bestimmte Parteigruppen hinter sich haben, so vermögen sie auch unter einer absolutistischen Monarchie sich nicht zu behaupten, wenn sie nicht von bestimmten Gruppen begünstigt und gestützt werden — nur sind das dann gewöhnlich keine politischen Parteigruppen, sondern Hofkreise, Kirchengroßen, Generalvereinigungen usw.; manchmal auch königliche Mätressen.

Zudem aber steht unzweifelhaft das parlamentarische System entwicklungsgeichtlich höher als das autokratische. Es ist die Regierungsform fast aller Völker, die eine bestimmte Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung überschritten haben und zu einer sachgemäßen Vertretung ihrer sich im sozialen Lebensprozess ergebenden materiellen und geistigen Interessen streben. Ein Vergleich mit dem feudalen und kapitalistischen Wirtschaftssystem mag das näher erläutern. Sicherlich ist die kapitalistische Wirtschaftsweise keine ideale; sie mag sogar für einzelne Volksschichten

Artillerieschlacht im Westen. — Zurückweichen der Russen.

Deutscher Tagesbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, Amlich, 23. Juli 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezerguppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern ist die Artillerieschlacht wieder zu voller Kraft entbrannt. Sie dauerte die Nacht hindurch an. Unsere für die Führung des Feuerkampfes unentbehrlichen Jesselballons waren längs der ganzen Front das Ziel erfolglosen feindlichen Sperrversuchs; östlich von Ypern wurden sie einseitig auch durch zahlreiche Flugzeugabweider angegriffen. Unsere Kampfflieger und Abwehrgeschütze brachten diese Luftangriffe zum Scheitern. Die Jesselballone blieben unverehrt. Acht feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen. Erkundungsbootschiffe englischer Bataillone übertrugen. Heftige nächtliche Angriffe erfolgten zwischen Abion und Mericourt; Anfangserfolge des Gegners wurden ausgeglichen.

Seezerguppe Deutscher Kronprinz

Bei guter Sicht lebte durchwegs die Feuerstätigkeit auf. Am Nordhang des Winterberges bei Craonne gelang es, den kraftvoll durch Feuer gut vorbereiteten Angriff die eigene Stellung in 1 Kilometer Breite vorzuberlegen. Brandbegriffe und Gardetruppen warfen die Franzosen aus mehreren Grabenlinien zurück und brachten über 230 Gefangene ein.

Am Cornillet-Berg südlich von Navoy waren Unternehmungen von heftig-nassauischen Stoßtruppen erfolgreich.

Eines unserer Fluggeschwader warf gestern Vormittag mit beobachteter guter Wirkung Bomben auf Sarvich an der englischen Ostküste. Die Flugzeuge kehrten vollständig zurück.

Deutscher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Seezerguppe des Generalobersten von Eichhorn

Längs der Düna, insbesondere bei Dünaburg und beiderseits des Narocz-Sees nahm die Artillerietätigkeit erheblich zu. Südwestlich von Dünaburg ist ein russischer Vorstoß gescheitert.

Südlich von Smorgon bis einschließlich Krewo griffen nach dem verlustreichen Angriff des Vorabends die Russen am Morgen erneut an. Trommelfeuer ging dem Sturm voraus, der zu wechselvollen Kämpfen in unserer vorderen Stellung führte, in die an einzelnen Stellen die Russen eingedrungen waren.

Am Abend war die Stellung dank frisch durchgeführten Gegenstößen bis auf zwei Einbruchstellen wieder in unserer Hand. Heute früh blieben unvorbereitete Angriffe der Russen südlich von Smorgon in unserer Sperrfeuer liegen.

Seezerguppe des Generalobersten von Böhm-Ermolli.

Unter Angriff südlich des Sere th ist eine Operation geworden

Der Russe weicht bis in die Karpathen hinein!

Hervorragende Führung und ungestörter Drang der Truppen nach Vordrängen haben das erhoffte Ergebnis erreicht. Wir stehen an den Höhen hart westlich von Tarnopol, haben die Bahn Kobatyn-Ditrow östlich unserer alten Stellung überschritten und die Vordrängbewegung zu beiden Seiten des Dnjepr begonnen. Der Feind leistete südlich der genannten Bahn starken Widerstand.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph

Längs des Karpathen-Kammes bis zur Pulna nahm die russische Geschütztätigkeit merklich, besonders im Südteil zu. Mehrere Vorstöße des Feindes wurden abge schlagen.

Seezerguppe des Generalfeldmarschalls v. Madensen

Am unteren Sere th deutet lebhaftes Feuer auf bevorstehende Kämpfe.

Ragebonische Front

Nichts Neues.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff

Deutscher Abendbericht.

W.W. Berlin, 23. Juli, abends. (Amlich.) Artillerieschlacht in Flandern unermüdet. Starke russische Angriffe südwestlich von Dünaburg sind gescheitert. In Ostgalizien reißt sich in raschem Fortschritt Erfolg an Erfolg.

Der russische Bericht.

Petersburg, 22. Juli (W.W. Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht vom 2. Juli. Westfront: Südwestlich von Dünaburg, in der Richtung auf Pulna und Baranowitsch Artilleriefeuer auf beiden Seiten.

Westlich von Tarnopol setzte der Feind die Offensive in der allgemeinen Richtung Tarnopol und mehr südlich längs der Strupe fort. Unsere Truppen, die den Befehlen ihrer Anführer jeden Gehorsam verweigerten, zogen sich weiter über den Sere th zurück und ergaben sich hier und da dem Feinde. Einzig und allein die 155. Infanterie-Division leistete dem Gegner Widerstand in der Gegend Doljank-Domomarsche, ebenso Panzer-automobile, die deutsche Kavallerie auf der Straße von Tarnopol beschossen. Am Abend des 21. Juli hielten sich unsere Truppen am Sere th auf der Front Zoloz-Tarnopol-Naschowitz. Das Dorf Zagerbelia, ein Vorort von Tarnopol, ist in die Hände des Feindes übergegangen. Trü unserer erdrückenden Überlegenheit an Streitkräften und Kampfmitteln in allen Angriffsabschnitten bauert unser Rückzug ununterbrochen fort. Unseren Truppen fehlt es ganz an Standhaftigkeit. Sie erörtern unaufhörlich die Frage, ob diese oder jene Staatsform durchzuführen sei und leisten aufmerksam Gehör der verbrecherischen Propaganda der maximalistischen Sozialisten. Auf dem Romnica-Ifler in der Gegend von Babin und von Seduzianka ergriff der Feind nach Artillerievorbereitung die Offensive und zwang unsere Truppen, die das Dorf Babin hielten, auf das rechte Romnica-Ifler hinüberzugehen. Auf der übrigen Front Gewehrfeuer. Kaukasus- und rumänische Front: Die Lage ist unverändert.

...stücke...
...tag...
...en 31. Juli 1917...
...28. August 1917...
...n 4. Sept. 1917...
...6. Sept. 1917...
...1. Sept. 1917...
...Madenheimstraße 8...
...10...
...423...
...onzerthaus...
...ntag, 23. Juli...
...Uhr...
...gelhändler...
...4. Juli, 8 Uhr...
...gelhändler...
...patts-Kartell...
...lsruhe...
...g, den 26. Juli...
...Uhr, in der Ge...
...entrale, Kaiser...
...reter...
...ammlung...
...ordnung...
...en...
...die Nahrung...
...Kohlenverteilung...
...erung...
...gt vom 2. Quartal...
...erscheinen der Ser...
...ell-Kommission...
...Badanstalt...
...ordbad...
...ruhe...
...ische Bäder...
...el-Salz/Rappo...
...oder Slass...
...ro u. Schwefel...
...inol-Bäder...
...r Herrea und...
...7-1 Uhr vorm...
...3/4 Uhr nachm...
...bis 9 1/2 Uhr...
...7-12 Uhr...
...bis 3 Uhr ge...
...schlossen...
...Versteigerung...
...den 24. Juli d. 3...
...insamt (Eing...
...Hendabahnberg...
...vornmittags 8...
...gen Vorzahlung...
...abhängige Ge...
...Wesen, zwei u...
...Kareen, Sch...
...ühle, Baubüro...
...mit Kassen, Be...
...röße, 1 Wohn...
...den 12. Juli 1917...
...ungsbureau...
...generaldirekt...
...morgigen...
...ziehung...
...Eant...
...empfehle getrag...
...Babische Str...
...Birttemberger...
...spielen im Aug...
...el Göy...
.../15, beim Markt...
...rstraße...
...nfektionsha...
...34, 1 Trapp...
...usen...
...Feide, Füll...
...d Waschklo...
...weiss u. farb...
...erkleider...
...adenweien...

Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften Deutschlands über die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz.

Am 20. Juli ging das folgende Schreiben über die Teilnahme von Partei und Gewerkschaften an der Stockholmer allgemeinen Sozialistenkonferenz an die Delegation des russischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenvertreter, zu Händen des Genossen Wladimir Krasnow, zurzeit in Stockholm, ab:

Werte Genossen! Der Vorstand und die Delegation der deutschen Sozialdemokratie haben den Bericht über die von der Delegation des russischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenvertreter am 4. und 5. Juli in Stockholm geführten Verhandlungen gehört. Sie bestätigen aufs neue ihre bereits durch Brief vom 7. Juni gegebene Erklärung über die Teilnahme an der in Stockholm geplanten allgemeinen Sozialistenkonferenz.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die in Deutschland vorhandenen anexionistischen Tendenzen seit Kriegsbeginn hart bekämpft. Sie ist durchaus der Auffassung, daß die Regierungen, die nach der allgemeinen Sozialistenkonferenz noch nicht klar und unzweideutig ihre Kriegsziele bekanntgeben oder bei der Bekämpfung als ihr Kriegsziel Eroberungen oder finanzielle Vergewaltigung bezeichnen, auf das entschiedene bekämpft werden müssen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bereits durch Beschluß ihrer Vorstände und ihres Ausschusses vom 19. April ihr Einverständnis mit der Friedens-Plattform des Arbeiter- und Soldatenrates erklärt.

Die deutsche Sozialdemokratie ist bereit, die diesen Grundgedanken entsprechenden Beschlüsse der Konferenz anzuerkennen und durchzuführen, wobei sie voraussetzt, daß es sich dabei nur um Beschlüsse handelt, die auf alle Parteien zutreffen, und daß alle an der Konferenz teilnehmenden sozialistischen Parteien der Kriegführenden Länder sich verpflichten, diese Beschlüsse gleichzeitig mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften durchzuführen.

Die deutsche Sozialdemokratie wünscht den Bemühungen der russischen Genossen um das Zustandekommen der Konferenz weiterhin den besten Erfolg zu erwarten, daß es in Stockholm gelingen wird, für eine gemeinsame Arbeit aller sozialistischen Parteien ein Einverständnis zu erzielen.

- Mit sozialistischen Grüßen!
- Für den Vorstand der sozialistischen Partei Deutschlands: **geg. Fr. Ebert.**
- Für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: **geg. E. Legien.**
- Für die Delegation der deutschen Sozialdemokratie: **geg. S. Müller.**

Deutsches Reich.

Der nächste Krieg.

Die alldeutschen „Berliner Neuesten Nachrichten“ schreiben:

„Der gefährlichste Feind des deutschen Volkes ist die Demokratie. Ihre wird unser Kampf gelten müssen, wenn die Waffen längst ruhen und die weit hinausgerückten Grenzen des neuen größeren Deutschlands gesichert sind in einem deutschen Sechenskrieg — trotz dem 19. Juli und seiner Reichstagsmehrheit.“

Also, wenn England, Frankreich, Amerika, Rußland usw. angeschlossen sind, dann geht es — im Namen des deutschen Volkes — mit Surra gegen das deutsche Volk selbst.

Die „Unabhängigen“ und die Friedenskundgebung.

Die Unabhängigen haben es also wirklich fertig gebracht, gegen die Friedenserklärung des Reichstags zu stimmen. Dabei muß selbst die „Leipziger Volkszeitung“ anerkennen: „Wir leugnen nicht, ihre Bedeutung als Orientierungstafel; die Stellung, die die Parteien und die Regierung zu ihr einnehmen, ist wichtig und bedeutsam für die weitere Entwicklung Deutschlands und des Krieges.“ Und sie gibt zu, daß sie nicht für genügend scharf hält, weil sie ein kleineres Uebel herbeiführt. Jetzt haben die Unabhängigen es für das kleinere Uebel gehalten, Arm in Arm mit Westarp und Stresemann gegen die Friedenskundgebung zu votieren!

Die „Leipziger Volkszeitung“ beruft sich zur Entschuldigung darauf, daß die Zentrumsparlamentarierkorporation geschrieben hat, das Zentrum habe es für gefährlich gehalten, wenn die Sozialdemokratie kurzer Hand Festlegung auf einen Krieg, und habe deshalb eine „positive Formel“ gesucht. Diese positive Formel besteht bekanntlich darin, daß die Unversehrtheit unserer Besitztümer und unserer Freiheit, die Wirtschaftsfreiheit und die Freiheit der Meere gefordert werden. Wenn die unabhängigen Sozialdemokraten daran Anstoß genommen hat, dann freilich hat sie sich selbst charakterisiert.

Soziale Rundschau.

Städtisches Stillsied. Eine empfehlenswerte Maßnahme hat im Anfang dieses Jahres der Magistrat der Stadt Waldenburg ergriffen. Die Stadtgemeinde Waldenburg gewährt aus städtischen Mitteln zwecks Bekämpfung der Kindersterblichkeit folgende Leistungen: Mütter, denen nach den Bestimmungen über die Reichswohnenhilfe aus Mitteln des Reichs oder nach den Satzungen der Krankenkassen aus deren Mitteln Anspruch auf Stillsied zu bestehen, sobald der Anspruch auf das Reichswohngeld oder Krankenkassenstillsied fortgefallen ist, so lange sie stillen, ein monatliches Stillsied von 30 Pfg. täglich bis zum Ablauf des sechsten Monats nach der Geburt des Kindes. Alle übrigen Mütter erhalten, sobald der Anspruch auf das Reichswohngeld oder Krankenkassenstillsied fortgefallen ist, so lange sie stillen, ein monatliches Stillsied von 30 Pfg. täglich bis zum Ablauf des sechsten Monats nach der Geburt des Kindes das gleiche städtische Stillsied von 30 Pfg. täglich, falls bei ihnen Bedürftigkeit vorliegt. Die Bedürftigkeit wird in der Regel, das heißt wenn nicht besondere Umstände entgegenstehen, als vorhanden angenommen, wenn die Erträger des Kindes, bei unversehrten Kindern also die Mütter, zu keinem höheren Staatsentlohnungsbetrag als 36 Mk. jährlich veranlagt ist. Die Zahlung des Stillsieds erfolgt für Rechnung der Stadt durch die Säuglingsanstalt, der das Kind wöchentlich einmal vorzulegen und der Mütter zu erbringen ist, daß das Kind gestillt wird. Mütter, welche ihre Kinder aus triftigen Gründen überhaupt nicht stillen

können oder aus triftigen Gründen mit dem Stillen aufhören müssen, können im Falle und für die Dauer der Bedürftigkeit, die hier jedoch in jedem Falle unabhängig von der Höhe des Staats-Einkommensteuerjahres besonders zu prüfen ist, durch die Säuglingsfürsorge für Rechnung der Stadt Kindernahrung erhalten. Anträge sind bei der Säuglingsfürsorge anzubringen und werden von dieser dem Magistrat zur Entscheidung vorgelegt. Die vorstehend bezeichneten Leistungen gelten nicht als Armenunterstützungen.

Baden.

Hauptversammlung des Kriegsaussschusses für Konsumenten-Interessen.

Karlsruhe, 22. Juli. Im großen Mathausaal fand heute vormittags 10 Uhr die Hauptversammlung des Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen statt. Herr Oberpostsekretär Mang eröffnete mit einer kurzen Begrüßung die Versammlung, gab einen kurzen Überblick über die Organisation und deren Bestrebungen. Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende, Herr Mang. Dem Berichtsausschuß gehören heute 12 Ortsausschüsse an. Der geschäftsführende Vorstand hielt mindestens monatlich eine Sitzung ab. Der Bericht zeigte eine rege Tätigkeit, welche im Interesse der Verbraucher geleistet wurde, teils durch persönliche Führung oder durch Eingaben an die maßgebenden Behörden.

In Verbindung des Kassiers erstattete der Vorsitzende auch den Kassierbericht. Die Einnahmen betragen seit 1915 4539 Mk., die Ausgaben 2283 Mk., so daß ein Vermögensstand von 2256 Mk. verbleibt. Der Berichtsausschuß für neue Rechnung zeigt in Ausgabe 1500 Mk., in Einnahme 800 Mk., die Rechnung wurde geprüft und die Entlastung beantragt. An den Geschäfts- und Kassierbericht schloß sich eine kurze Besprechung, die teilweise bei der Beschlusfassung über die Satzungen ihre Erledigung finden sollen. Aus der Mitte der Versammlung wurde dem Vorsitzenden der Dank für seine Erhaltung zum Ausdruck gebracht und dem Kassier Entlastung erteilt. Es wurde nun zum 2. Punkte der Tagesordnung geschritten, Beratung und Beschlusfassung über die Satzung. Es entspann sich eine rege Aussprache, ob die Satzung heute beraten oder überhaupt zurückgestellt werden sollte. Der Beschluß ging jedoch dahin, in die Beratung einzutreten. Die einzelnen Paragraphen wurden durchgesehen und dann nach einigen Änderungen die Satzungen angenommen.

Um 2 Uhr nahm die Versammlung ihren Fortgang und zwar wurden die Anträge zur Beratung gestellt. Der Ortsausschuß Heidelberg beantragte: Die Hauptversammlung wolle beschließen, die Hauptleitung zu veranlassen, an die Reichs- und Einzelstaatsregierungen die Bitte zu richten, einen Entwurf zur Erhöhung von Konsumenten- und Wirtschaftskammern ausarbeiten zu lassen, der den gegebenen Körperstrukturen vorzulegen oder im Wege der Verordnung einzuführen ist. Begründet wurde der Antrag durch Geh. Justizrat Dr. Bassen-Heidelberg. Nach ein eingehender Beratung wurde der Antrag einstimmig angenommen. — Hierauf wurde zur Wahl des geschäftsführenden Vorstandes und der Rechnungsprüfer geschritten. Es wurden ohne Widerspruch die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt: Oberpostsekretär Mang, 1. Vord., Arbeitersekretär Prull, 2. Vord., Schriftführer Postsekretär Leule, Oberrevisor Baumann, Kassierführer, Beisitzer: A. Behring, Ferd. Schwan, Wilh. Müller, Frau Witwe Volt, Frau Ingen. Gilling, Frau Knecht, Durlach, P. Richter, Professor Wendlin, Mannheim. Zu Beisitzern wurden gewählt die Herren Schumann, Raier und Mertel. Nach eingehender Begründung durch Herrn Geschäftsführer Seufert wurde beschlossen, dem Bad. Landeswohnenverein und dem Hauptauschuß für Kriegserzeugnisse als korporativen Mitglied mit einem Jahresbeitrag von je 20 Mk. beizutreten. Auch dieser Antrag fand ebenfalls einstimmige Annahme.

Unter Punkt 3 „Sonstiges“ wurden verschiedene Wünsche seitens der Vertreter der Ortsausschüsse zur Kenntnis gebracht und Kritik an den teuren Obstpreisen geübt. Auch gegen eine weitere Erhöhung des Milchpreises möchte man alle Hebel in Bewegung setzen. Das Brot sollte nach Gewicht verkauft werden, da dasselbe immer schwerer sei. Der Vorsitzende gab verschiedene ausführliche Antworten auf die einzelnen Anfragen. — Drei eingelaufene Anträge, 1. ein solcher des Ortsausschusses Freiburg, welcher gegen die teuren Obstpreise Stellung nahm und eine Herabsetzung derselben wünscht, 2. ein solcher des Ortsausschusses Durlach, der den freien Bezug der Kartoffeln direkt vom Erzeuger mittels Bezugsschein verlangt, 3. ein weiterer des Ortsausschusses Durlach wünscht eine Verknüpfung in wirtschaftlichen Fragen mit den Nachbarorten, fanden einstimmige Annahme. Gegen 6 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Karlsruhe, 24. Juli. Der Landesauschuß der 11-Boots-Spende macht bekannt, daß die Sammlung im Großherzogtum Baden die Summe von 930 000 Mk. ergeben habe.

Neulingen, 23. Juli. Am letzten Samstagabend fand hier eine Bürgerauschuss-Sitzung statt, in welcher der Berichtsausschuß für 1917 beraten und die 1918er Rechnung verabschiedet wurde. Die voranschreitenden Gemeindeforderungen für 1917 betragen nach dem Berichtsausschuß 173 827 Mk. (gegen 77 715 Mk. in 1916), darunter als Waldbeiträge 94 820 Mk. gegen 24 000 Mk. in 1916. Die vorgesehene Ausgabe einschließlich einer Grundbesitzerzuschlagung von 41 000 Mk. betragen 218 827 Mk., so daß durch Umlagen und Bürgergenusszuschläge noch 45 027 Mk. zu decken sind. In der Aussprache wurde die Milch- und Fleischversorgung in der Gemeinde eingehend besprochen. Eine längere Debatte entspann sich auch über die hier schon seit fast Jahresfrist errichtete Kriegsküche, wobei besonders das Bürgerauschussmitglied H. Gohl. auf die Notwendigkeit der Errichtung einer solchen Debatte, indem er behauptete, daß in dieser Gemeinde die ärmeren Einwohner ohne Kriegsküche auch nicht verhungert wären. Die Kriegsküche hier gibt in letzter Zeit täglich circa 400 Essensportionen ab. Dies allein ist doch ein genügender Beweis, daß die Errichtung einer solchen hier eine Notwendigkeit war und es wäre eine große Vernachlässigung der ärmeren Bevölkerung seitens der Gemeindevorstellung gewesen, wenn keine Kriegsküche errichtet worden wäre. Täglich kommt eine große Anzahl Einwohner ins Rathaus wegen Lebensmitteln. Falls man diesen keine geben kann, können sie gegen billigen Preis ihr Essen aus der Kriegsküche beziehen. Bürgermeister Bauer wies darauf hin, daß Leute, die allerdings so situiert sind, wie H. Gohl. auf, keine Kriegsküche brauchen. Man sollte dann aber doch auch an andere denken. Ferner wurde über die Zunahme der Felddiebstähle geklagt und verlangt, man sollte die zur Anzeige gelangenden Fälle höher bestrafen. Für die zurzeit mit Kriegsarbeiten aller Art überhäufte Gemeindevorstellung wurde eine monatliche Vergütung vorgeschlagen, die den zu bewältigenden Arbeiten einermäßig gerecht wurde, was in anderen Gemeinden schon längst gebräuchlich ist. Auch hier waren es wieder nur einige gut situierte Landwirte, die unter Führung des obgenannten H. Gohl. auf die Verabschiedung so schämevoll wollten, daß es für die Gemeindevorstellung unmöglich war, die Anträge anzunehmen. Die hieriger

bessergestellten Landwirte haben doch über den Krieg sicherlich erhöhte Einnahmen durch Verkauf von Vieh und Lebensmitteln erzielt; auch ist der Futtermittel in dieser Zeit so gestiegen gegen die Zeit vor dem Kriege, daß man auch entsprechend der allgemeinen Teuerung den zum Teil sehr schlecht bezahlten Gemeindevorstellern, die außerdem fast die doppelte Arbeit zu leisten haben, eine Ergänzungszulage wohl zukommen lassen und dies auch vor der Allgemeinheit verantworten kann. Gerade der Vorsitzende H. Gohl. auf konnte über die Erhöhung der Zulage am besten Auskunft geben. — Nach einer kurzen sachlichen Kritik der Bürgerauschussmitglieder, Oberrevisor H. Gohl. und Karl E. r. m. e. l., die auch die Notwendigkeit der hiesigen Kriegsküche anerkannten, wurde nach Erwiderung durch Bürgermeister Bauer und Gemeindevorsteher König die Annahme des Berichtsausschusses nochmals durch Gemeindevorsteher H. Gohl. empfohlen, worauf derselbe gegen 11 Stimmen angenommen wurde. Der Umlagefuß beträgt wieder wie in den letzten Jahren 28 Pfg. Er hätte in diesem Jahre um einige Pfennige herabgesetzt werden können. Um aber in den nächsten Jahren, in welchen die Waleinnahmen bei weitem nicht mehr so hoch sein werden, nicht sprunghaft mit dem Umlagefuß in die Höhe zu müssen, hat man es auf Vorschlag des Gemeindevorsteher H. Gohl. beschlossen, den Umlagefuß belassen.

Waldach, 24. Juli. Hier ist Landgerichtsrat Seibling im Alter von 57 Jahren gestorben. Er tat während einiger Monate Dienst als Hauptmann der Landwehr und zog sich hierbei eine schwere Krankheit zu.

Sasbach a. N., 24. Juli. Das zweijährige Knäblein des Gastwirts zur „Limburg“, der zurzeit im Felde steht, ist in einem Seitenwaffer des Rheins ertrunken.

Steinböck bei Wonnard, 24. Juli. Das 24jährige Mädchen der Familie Fr. Duttlinger spielte am Bode, fiel hinein und konnte nur als Leiche geborgen werden. Nach den Verlesungen am Kopfe ist anzunehmen, daß es beim Sturze zu Tode fiel.

Konstanz, 24. Juli. Wie die „Konst. Ztg.“ schreibt, kommen in den letzten Tagen des Juli wieder Schwerverwundete zum Austausch hier an. Am Montag trafen die ersten deutschen Sanitäter, Aerzte, Offiziere und Mannschaften, hier ein.

Neßkirch, 23. Juli. Anfang letzter Woche hegelte es bei einem Gewitter so stark, daß auf einem Teil der Gemachung Niebhanzen die Frucht durchschnittlich 50 bis 70 Prozent vernichtet wurde; auch die Gartengewächse und besonders die Kartoffeln stehen trübselig da.

Heidelberg, 23. Juli. In seinem Ruhestand nach zu Berlin der langjährige Direktor des Heidelberger Stadttheaters W. E. Geimrich, 26 Jahre, von 1886 bis 1911, diente er der genannten Kunstform mit großen Erfolgen als Schauspieler und Leiter. Bekannt war seine Gabe, in jungen Kräften oft schon die spätere Bedeutung zu erkennen und so ist mancher „Stern“ erstmals in Heidelberg aufgegangen.

Unterhohen bei Heidelberg, 24. Juli. Dieser Tage brannte das Wohngebäude des Landwirts N. neber. Ein Schwein ist mitverbrannt, ein anderes Schwein wurde so verletzt, daß es gleich geschlachtet werden mußte. Der Schaden dürfte recht bedeutend sein. Es wird Brandstiftung vermutet.

Karlsruhe, 24. Juli. Der 12jährige Anton Lehmann, Sohn des Landwirts Lehmann hier, ist bei einem epileptischen Anfall in einen Wassergraben gefallen und erstickt. Er wurde von seinen Eltern tot aufgefunden.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 24. Juli.

Felddiebstähle.

Wir leben in einer schweren Zeit. Seit Wochen gibt es keine Kartoffeln mehr für die große Masse. Das Brot ist knapp und der gebotene „Ersatz“ äußerst gering. Die Preise für Obst und frisches Gemüse sind derart hoch, daß ein gewöhnlicher Geldbeutel dazu gehört, um Einkäufe zu machen. Schmalhans ist jetzt noch mehr Rückenmeister in den meisten Familien als im verflorenen Winter. Da ist es nur zu begreiflich, daß die Klagen über Felddiebstähle, wie der gestrige Polizeibericht wieder meldet, sich häufen. „Not kennt kein Gebot“, dieses nur zu wahre Wort wird leider auch auf dieses Gebiet übertragen. Die Leute, die nachsichtigerweise die Acker plündern, sagen sich: „Wir haben eine Familie, wir haben Kinder, wir wollen essen und da eben nichts da ist, holen wir uns, wo eben ist.“ Man darf über diese Gedankengänge nicht mit einem Achselzucken hinweggehen, sondern sich hindeuten in die Verhältnisse. Die Lebensmittel knapp und eine große Summe zum „Gamsiern“ ist nicht zur Verfügung. Die Kleinen wollen essen und da kommt eben die Verzweiflung zum Ausbruch. Der Hausvater oder die Mutter gehen aufs Feld und graben die halbreifen Kartoffeln aus. So verwerflich das ist, so begreiflich ist es auch.

Mit billiger Entlastung ist es da nicht getan. Hier muß dahin gewirkt werden, daß die Umstände, die diese Verhältnisse heraufbeschworen, so schnell wie möglich beseitigt werden: „Schafft Kartoffeln herbei zu annehmbarem Preis!“ Dann werden auch die Felder nicht geplündert werden!

Vorläufig zwar keine Erhöhung der Butterpreise, aber demnächst.

Gegenüber der Nachricht, daß eine Erhöhung des Butterpreises bevorstehe, wird von dem Leiter der Reichsfelle für Speisefette mitgeteilt, daß im Sommer noch keine Erhöhung des Erzeugerpreises für Butter eintreten wird. Gegenwärtig werden nur von den beteiligten Kreisen, den landwirtschaftlichen und Molkerei-Sachverständigen Entschieden über die Frage eingeholt. Erst wenn diese alle vorliegen, dürfte dem Kriegsernährungsamt eine Vorlage über die Preisberaufhebung unterbreitet werden. Im Herbst wird allerdings die Erhöhung des Preises zu erwarten sein. Sie wird für nötig gehalten, um den Verdrängungen der Milchviehhaltung gegen die gegenwärtigen Eingriffe in unsern Rindviehbestand entgegenzuwirken, dadurch die Buttererzeugung zu heben und die Butterlieferung zu vermehren. Durch eine angemessene Erhöhung des Erzeugerpreises glaubt man auch dem Scheidhandel erfolgreich begegnen zu können.

Wir haben schon ausgeführt, daß das alles schöne Auserorden sind zur Bemängelung der während des ganzen Krieges nie aufhörenden Agitation der Milch- und Butter-Verteuerungsorganisation, die abwechselnd Milch- und Butterverteuerung betreibt und eine mit der andern „begründet“. Eine wirtschaftliche Berechtigung liegt nicht vor. Milch und Butter sind schon weit überteuert.

Kriegspreisung. Wie kürzlich an Hand der Rechnungsergebnisse mitgeteilt wurde, betragen bei der städtischen Kriegspreisung die Maxkofice für Sozietung der

